

Beschluss

Corona in die Knie zwingen - solidarischer Lockdown jetzt

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.01.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3 Dringlichkeitsanträge

Antragstext

567 Mehr als zwei Millionen Tote hat die Coronavirus-Pandemie weltweit inzwischen
568 gefordert. Auch in Brandenburg haben sich mehr als 68.000 angesteckt und mehr
569 als 2400 Menschen sind gestorben.

570 Um der ungebremsten Ausbreitung des Virus entgegen zu wirken, hat die
571 Landesregierung in Absprache mit der Bundesebene eine Vielzahl von
572 Einschränkungen des öffentlichen Lebens erlassen. Diese wurden im Laufe der
573 vergangenen Monate mal verschärft und zur Weihnachtszeit großzügig gelockert.

574 Seit dem Wiedereinstieg in den Lockdown im November vergangenen Jahres sind drei
575 Monate vergangen, ohne die Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Sie pendelt
576 lediglich zwischen unterschiedlichen Ausmaßen der Eskalation. Ein Ende der
577 Maßnahmen erscheint trotz lebhafter politischer Diskussionen darum bei den
578 aktuellen Zahlen, insbesondere in Ostdeutschland, in weiter Ferne.

579 Mit dem kürzlichen, ersten Nachweis einer nach bisherigem Kenntnisstand deutlich
580 gefährlichen Version des Virus, die ungefähr ein Drittel ansteckender ist, droht
581 uns die Kontrolle über das Geschehen erneut zu entgleiten.

582 Die Hoffnung vieler Menschen bestand darin, dass zügig weite Teile der
583 Bevölkerung mit effektiven Impfstoffen versorgt werden können. Dabei kommt es zu
584 immer weiteren Verzögerungen, die eine Impfung vor allem für alle junge Menschen
585 in weite Ferne rücken lässt.

586 Um schnell aus dem Endlos-Lockdown herauszukommen, müssen die Fallzahlen
587 schneller sinken. Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert die Landesregierung, den
588 Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg und die Bündnisgrüne
589 Landtagsfraktion auf, sich für die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die
590 verstärkte Ausweitung der Lockdown-Maßnahmen auf bisher nicht erfasste
591 Lebensbereiche einzusetzen. Es ist ungerecht, dass Menschen weiterhin in
592 Großraumbüros arbeiten müssen, während fast alle Schulen geschlossen sind.
593 Außerdem werden Menschen, die auch in der Pandemie nicht auf das Home Office
594 ausweichen können, weiterhin nicht ausreichend geschützt. Parlamente und
595 Ausschüsse müssen trotz hoher Infektionszahlen physisch tagen, obwohl vielerorts
596 digitale Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

597 Die sinnvollen Regeln der Kontaktbegrenzungen müssen vom privaten auch in das
598 berufliche Umfeld ausgeweitet werden. Wir fordern unter anderem folgende
599 Maßnahmen zügig umzusetzen:

- 600 • Maskenpflicht am Arbeitsplatz für Alle!

- 601 • Kostenloser Zugang zu FFP2-Masken für die gesamte Bevölkerung
- 602 • Büros und nicht-systemrelevante Arbeitsstätten schließen, Familien in Home
603 Office Situationen wirksam unterstützen, ggf. Erziehungspersonen bezahlt
604 freistellen
- 605 • Aussetzen der Präsenzpflicht an Schulen und Universitäten
- 606 • niedrigschwelligen und kostenlosen Zugang zum Internet und zu
607 entsprechenden technischen Endgeräten für alle Kinder gewährleisten
- 608 • Notbetreuung in Kitas, um Familien in systemrelevanten Berufen zu schützen

609 Neben der Zielbestimmung des Infektionsschutzes sind spezifische
610 Sonderregelungen im Bildungsbereich (z.B. für Förderschulen), welche der
611 Bildungsgerechtigkeit Rechnung tragen und den Gedanken der Inklusion aller
612 Menschen fördern unerlässlich.

613 Gemeinsam müssen wir uns alle mit gegenseitiger Rücksichtnahme und kluger
614 Politik vor Corona schützen. Damit verhindern wir viele Tote, schwere
615 Krankheitsverläufe und wir bewahren Menschen davor, als Kontaktpersonen für 14
616 Tage in häuslicher Quarantäne eingesperrt zu sein. Nur, wenn wir die
617 Infektionszahlen schnell und effizient senken, ist eine zeitnahe Rückkehr zu
618 etwas wie Normalität möglich. Dann gilt es auch: Erst die Schulen auf, dann die
619 Büros!